



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 19. Juni 2026

### **Vorschau auf die Kantonsratsitzung vom Montag, 22. Juni 2026**

Fokusthema: **Ombudsstelle und Bildung**

*Der Zürcher Kantonsrat wird nach der Wahl eines neuen Mitglieds des EKZ-Verwaltungsrates und einer neuen Abteilungspräsidentin am Baurekursgericht über den Tätigkeitsbericht der kantonalen Ombudsstelle diskutieren, bevor die Wahl der Ombudsperson für die nächsten vier Jahre ansteht. Bereits auf Kommissionsstufe umstritten waren die PI zur Good Governance im Universitäts- und im Fachhochschulrat. Keine langen Diskussionen dürfte es indes zur Bestätigung der Wahl eines Ersatzmitglieds in die Berufsbildungskommission, zu einer Änderung des Betreuungsschlüssels von Kindertagesstätten und zur Gleichstellung der Lehrkräfte an Berufsfach- und Berufsmittelschulen geben. Sollte vor Sitzungsende noch Zeit verbleiben, wird sich der Kantonsrat mit Vorstössen befassen, welche die Bildungsdirektion betreffen.*

#### **Bericht der Ombudsstelle soll genehmigt und der Ombudsmann wiedergewählt werden**

Eher eine Formsache ist die Behandlung des Tätigkeitsberichts der kantonalen Ombudsstelle für das Jahr 2025. Dieser Bericht wird jeweils vom Kantonsrat formell genehmigt, und die Geschäftsprüfungskommission (GPK), welche die parlamentarische Kontrolle über die Ombudsstelle ausübt, beantragt dem Rat einstimmig, das zu tun ([KR-Nr. 179/2026](#)). Die Ombudsstelle vermittelt bei Konflikten zwischen Privatpersonen und Behörden – und bei Problemen innerhalb der Verwaltung. Sie trägt so dazu bei, Konflikte zu lösen und das Vertrauen in die staatlichen Institutionen zu stärken. Im Anschluss an die Diskussion über den Tätigkeitsbericht steht die Wahl der Ombudsperson für die Amtsdauer 2026–2030 an. Die Geschäftsleitung beantragt dem Rat, den bisherigen Ombudsmann, Altkantonsratspräsident Jürg Trachsel, in geheimer Wahl wiederzuwählen ([KR-Nr. 182/2026](#)). Anschliessend soll Anja Künzler in offener Wahl als Ersatzperson gewählt werden.

GPK-Präsidentin: Alexia Bischof (Die Mitte, Wädenswil), 079 452 13 37

#### **Keine gesetzliche Änderung der Governance im Universitäts- und Fachhochschulrat**

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die eigenen parlamentarischen Initiativen (PI) betreffend «Begleiten, nicht leiten – Good Governance zum Ersten – im Universitätsrat» ([KR-Nr. 169/2024](#)) und «Begleiten, nicht leiten – Good Governance zum Zweiten – im Fachhochschulrat» ([KR-Nr. 170/2024](#)) abzulehnen. Mit den PI hatte die KBIK ursprünglich für den Universitäts- und den Fachhochschulrat eine moderne Governance gefordert. Insbesondere sollten Vorstehende der Bildungsdirektion (BI) nicht mehr das Ratspräsidium übernehmen dürfen. Die Kommissionsmehrheit lehnt die PI nun aber ab, da es wegen der Vertretung in eidgenössischen und interkantonalen Gremien sinnvoll sei, dass Vorstehende der BI weiterhin im Universitäts- und im Fachhochschulrat vertreten seien. Das System funktioniere gut, und eine andere Besetzung des Präsidiums sei bereits jetzt möglich. Der Preis einer Änderung im Verhältnis zum Nutzen sei zudem zu hoch, weil neu das Präsidium entschädigt und das Aktuariat aus der Bildungsdirektion ausgelagert werden müsste. Der Kommissionsminderheit (GLP, SP, Grüne) ist es wichtig, dass der heutige Interessenkonflikt gesetzlich gelöst wird. Das Präsidium eines wichtigen Gremiums dürfe nicht zwei Hüte tragen. Den Mehraufwand würde die Minderheit in Kauf nehmen.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Minderheit: Nadia Koch (GLP, Rümlang), 079 461 37 55

### **Wahl eines Ersatzmitglieds in die Berufsbildungskommission soll genehmigt werden**

Keine lange Diskussion auslösen dürfte die Genehmigung der Wahl von Christian Zehnder in die Berufsbildungskommission. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt mit 12 zu 3 Stimmen, die Wahl zu genehmigen ([6067](#)). Christian Zehnder wurde Anfang Jahr vom Regierungsrat als Vertreter der Vereinigung Zürcherischer Arbeitgeber für den Rest der Amtsdauer 2023–2027 für die aus der Kommission ausgeschiedene Anne Koller-Dolivo gewählt. Die Minderheit der Kommission (SP) will die Wahl wegen des für sie zu unausgewogenen Geschlechterverhältnisses nicht genehmigen.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61  
Minderheit: Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), 076 520 02 44

### **Höchstens ein Jahr Praktikum für angehende Berufsleute Betreuung**

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz soll so geändert werden, dass Praktikantinnen und Praktikanten nur während längstens eines Jahres dem Betreuungsschlüssel von Kindertagesstätten angerechnet werden. Dies beantragt die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) dem Kantonsrat einstimmig ([KR-Nr. 209/2021](#)). Die Vernehmlassung und Stellungnahme der Regierung zeigte, dass sich das unerwünschte Aneinanderreihen von Praktika für Jugendliche mit Berufswunsch Fachfrau/Fachmann Betreuung so ohne starke Kostensteigerung vermeiden lässt. Der Vorschlag zur Gesetzesänderung geht zurück auf eine PI von Grünen-Kantonsrätin Karin Fehr Thoma. Sie hatte gefordert, dass Praktikantinnen und Praktikanten gar nicht mehr dem Betreuungsschlüssel als Betreuungspersonen angerechnet werden. Eine Minderheit (SP) möchte am Vorschlag der PI festhalten. Sie ist überzeugt, dass dadurch die Qualität der familienergänzenden Betreuung erhöht würde.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

### **Gleichstellung der Lehrkräfte an Berufsfach- und Berufsmittelschulen**

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dass die Anstellungsbedingungen an Berufsfach- und Berufsmittelschulen für Lehrkräfte mit Fachhochschulabschluss denen für Lehrkräfte mit universitären Abschlüssen gleichgestellt werden ([KR-Nr. 85/2022](#)). Mit der Anpassung der Mittelschul- und Berufsschullehrerverordnung wird die Forderung einer Motion von SVP, FDP und GLP umgesetzt.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

### **Vorstösse zur Stärkung der Laufbahnberatung und zum Stichtag für den Kindergarteneintritt**

Sollte vor Sitzungsende noch Zeit verbleiben, wird sich der Kantonsrat mit Vorstössen befassen, welche die Bildungsdirektion betreffen. FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois fordert gesetzliche Grundlagen, die sicherstellen, dass das kantonale Angebot im Bereich der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung in Kooperation mit gleichwertig ausgebildeten, privaten Berufs-, Studien- und Laufbahnberaterinnen und -beratern erbracht wird ([KR-Nr. 214/2025](#)). Und GLP-Kantonsrätin Nadia Koch möchte den Stichtag für den Kindergarteneintritt schrittweise vom 31. Juli auf den 30. April verlegen, damit die jüngsten Kinder im Kindergarten 3 Monate älter sind als heute ([KR-Nr. 259/2025](#)). Der Regierungsrat beantragt, beide Vorstösse abzulehnen.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38  
Koch Nadia (GLP, Rümlang), 079 461 37 55

### **Personelles:**

Zu Beginn der Sitzung steht die Wahl eines neuen Mitglieds des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) an ([KR-Nr. 42/2026](#)). Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt Altkantonsrätin Rosmarie Joss (SP, Dietikon) als Nachfolgerin für den zurückgetretenen Christoph Balmer vor. Der Wahlvorschlag ist unumstritten, genauso wie jener für die Wahl einer

neuen Abteilungspräsidentin am Baurekursgericht. Marlen Patt (GLP, Uster) soll für den Rest der Amtsdauer 2023–2029 Reto Philipp ersetzen ([KR-Nr. 363/2025](#)).

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:  
Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17  
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12